

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Gert Weisskirchen MdB
nennt das Ergebnis der
Volksbefragung Ansporn
für die Sozialdemokraten.

Seite 1

Hans Büchler MdB weist
auf unterschiedliche Po-
sitionen in der Bundes-
regierung gegenüber dem
Honecker-Besuch hin.

Seite 2

Gerhard Jahn MdB, Parla-
mentarischer Geschäfts-
führer der SPD-Bundestags-
fraktion, würdigt Rainer
Barzel zu seinem 60. Ge-
burtstag.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB
plädiert für eine Durch-
forstung des Schilderwal-
des auf unseren Straßen.

Seite 5

Anke Martiny MdB kriti-
siert die Agrarhilfen der
Regierung.

Seite 6

39. Jahrgang / 116

19. Juni 1984

Überwältigender Beweis des Friedenswillens

Das Ergebnis der Volksbefragung am 17. Juni ist eindrucks-
voll

Von Gert Weisskirchen MdB

Die Zwischenergebnisse der selbstorganisierten Volksbe-
fragung am 17. Juni 1984 zeigen: wohl fünf Millionen Bür-
gerinnen und Bürger haben sich mit ihrem Namen für einen
Stop des Rüstungswettlaufs erklärt.

An rund 18.000 Ständen haben sich etwa 58 Prozent der
Wählerinnen und Wähler in Listen eingetragen, um ihr Nein
zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in West-
Europa zu unterstreichen, mit ihrem Nein zu neuen Sowjet-
Atomraketen in Ost-Europa. Dieser Beweis des Friedens-
willens unseres Volkes ist überwältigend und für die Frie-
densbewegung eine große Ermutigung, hat es doch über
150.000 Freiwillige gegeben, die an diesem Wochenende un-
ermüdlich Überzeugungsarbeit geleistet haben.

Das Ergebnis der Volksbefragung ist eindrucksvoll: 87 Pro-
zent der Befragten haben sich gegen den Rüstungswahnsinn
entschieden. Und was sind die Folgen?

Uns Sozialdemokraten ist es Ansporn, unsere Anstrengungen
zum Anhalten der Rüstungsspirale im deutschen Interesse
mit aller Kraft fortzusetzen. Die Unionsparteien sollten
ihre Politik des unbedingten Gehorsams zu Ronald Reagan
überdenken.

Wieviele millionenfache Beweise der Sehnsucht nach Frieden
braucht Kanzler Kohl eigentlich noch, um dem Willen der
Mehrheit unseres Volkes Ausdruck zu verleihen?

(-/19.6.1984/ks/va)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
by the Verlag für
Republik-Pressen



Honecker-Besuch

Die Regierung sucht wohl nach einem Konzept

Von Hans Büchler MdB

Obmann der Sozialdemokraten im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages

Aus der DDR hört man in letzter Zeit gelegentliche Kritik an der Bundesregierung. Der schon einmal verschobene Besuch Honeckers werde nicht gut genug vorbereitet, es gebe noch kein Konzept.

Natürlich ist Vorsicht geboten, wenn aus der DDR derartige Hinweise herüberdrängen.

Am Wochenende bot die Bundesregierung allerdings ein Schauspiel, das belegt: diese Regierung weiß nicht, was sie will.

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, hat in einem umfänglichen Interview erklärt, der Besuch Honeckers sei nur sinnvoll, wenn er bestimmte konkrete Ergebnisse bringen würde. Der im Kanzleramt zuständige Minister Jennings erklärte daraufhin flugs, man könne von einem Gast, den man eingeladen habe, kein Eintrittsgeld verlangen.

Diese Erklärung Jennings kann sich eigentlich nur gegen Windelen richten. Haben der für die Diplomatie mit der DDR zuständige Jennings und der für den ganzen Rest der Deutschlandpolitik verantwortliche Windelen Kompetenzstreitigkeiten? Gibt es einen Streit in der Sache: Der eine möchte ein politisches Konzept über die Ziele, die die Bundesregierung bei diesem Besuch verfolgt, der andere möchte sich mit der Klimaverbesserung begnügen?

Sozialdemokraten haben schon früher vor zu hohen Erwartungen an den Honecker-Besuch gewarnt und diejenigen kritisiert, die diese hohen Erwartungen schüren. Der Besuch selbst ist schon außerordentlich bedeutsam. Natürlich wäre es kein Fehler, der DDR zu signalisieren, über welche Themen mit welchen Zielen gesprochen werden soll. Doch lassen die guten Umgangsformen schon geraten erscheinen, hier dem Kanzleramtsminister recht zu geben. An Einladungen knüpft man keine Bedingungen.

Das Fazit: Nach anfänglichen, von der Opposition ausdrücklich gelobten Erfolgen, verläßt das Glück diese Regierung. Auch in der Deutschlandpolitik hat sie kein Konzept.

(-/19.6.1984/ks/va)

+ + +



Zum 60. Geburtstag von Rainer Barzel

Der amtierende Bundestagspräsident wird dem Parlament seine eigene Prägung geben

Von Gerhard Jahn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Rainer Barzel, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Als er nach der Bundestagswahl vom 6. März vergangenen Jahres mit großer Mehrheit zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde, entschied sich die Volksvertretung unseres Staates für einen angesehenen und erfahrenen Parlamentarier und einen Politiker von hohen Graden.

In der deutschen Politik hat er in seiner politischen Laufbahn wie wenige Politiker seit 1949 Höhen und Tiefen durchgemessen. Wenn er heute in seinem Amte breite Anerkennung, ja oft erklärte Zustimmung erfährt, dann zeigt sich darin auch der Wandel des Vormannes der CDU zum Staatsmann, der das Bild des heutigen Bundestagspräsidenten bestimmt. Die Persönlichkeit Rainer Barzels zu würdigen bedeutet deshalb, dem langjährigen Abgeordneten und Politiker gerecht zu werden. Zwischen Rainer Barzel in seinen verschiedenen politischen Funktionen für die Unionsparteien und der SPD bestand ein von politischen Spannungen ebenso wie von Partnerschaft bestimmtes Verhältnis.

An einige bemerkenswerte Punkte sei heute erinnert. Es begann mit einem Schritt, der für die Art der Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und SPD in den 50er- bis 60er Jahren kennzeichnend war, dem Komitee "Rettet die Freiheit" und der Herausgabe des berühmten-berühmten "Rotbuches". Barzels Fähigkeit zur harten Parteinahme bis an die Grenzen des für den Gegner Erträglichen entfaltete sich damals uneingeschränkt.

Eine völlig andere Seite zeigte sich dann während der Großen Koalition. Faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt zeigte den CDU-Politiker Barzel als einen Mann der kühlen politischen Vernunft, des Augenmaßes und der Fähigkeit zum Ausgleich. Die Zusammenarbeit jener Jahre hat bis heute deutliche Spuren in der deutschen Politik hinterlassen. Dem folgte der Oppositionsführer Rainer Barzel, der mit der Gabe des großen Redners und mit intellektueller Schärfe der Stimme der parlamentarischen Opposition gegen die sozialliberale Koalition Gehör und Gewicht verlieh. Sein Ringen in der eigenen Fraktion in der Auseinandersetzung um die Ost- und Deutschlandpolitik zeigte ein Verständnis der Rolle der Opposition, das durch Einsicht in unverzichtbare Gemeinsamkeiten der deutschen Politik ebenso gekennzeichnet war wie durch grundsätzliche Erkenntnisse über die Verantwortung der parlamentarischen Opposition. Daß seine Fraktion und seine Partei ihm nicht folgten, hat die CDU/CSU viele Jahre der Glaubwürdigkeit ihrer Politik gekostet.

Unter den Staatsämtern der Bundesrepublik Deutschland steht das Amt des Parlamentspräsidenten zu Recht an zweiter Stelle. Dies unterstreicht die Bedeutung, die dem Bundestag und seinem Präsidenten in unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zuzumessen ist. Es verdeutlicht darüber hinaus den Anspruch, dem sich der Inhaber dieses Amtes gegenüber sieht. Als Herz des parlamentarischen Verfassungsstaates hat Barzel den Bundestag wiederholt bezeichnet. Damit wird die politische Funktion der Volksvertretung unseres nach dem Grundgesetz repräsentativ verfaßten Gemeinwesens nachdrücklich bewußt gemacht. In seiner Amtszeit hat Rainer Barzel den Bundestag mit Würde und Selbstbewußtsein nach innen und außen vertreten. Daß dabei nicht alle Entscheidungen des Präsidenten bei allen Seiten des Hauses immer auf das gleiche Maß an



Verständnis und Wohlwollen gestoßen sind, liegt in der Natur der Sache und gehört zum parlamentarischen Alltag. Mit seinen Besuchen bei Parlamenten anderer Länder hat er die Beziehungen des Bundestages nach außen erweitert und vertieft. Das Präsidentenamt hat er in einer Zeit angetreten, als der Bundestag eine neue ungewohnte politische Zusammensetzung bekommen hatte. Als Leitlinie galt dabei, was Barzel in seiner Antrittsrede mit den Worten umschrieb: "Hier ist Platz für leidenschaftlichen Streit, aber ebenso für Nachsicht, für Herzlichkeit, für Höflichkeit und Kompromißbereitschaft." Dieser Verpflichtung hat er sich mit Geschick und Festigkeit gestellt. Die Funktionsfähigkeit dieses Bundestages ist bei aller politischen kontroversen Auseinandersetzung stets gewährleistet worden.

In dem Bestreben, die Stellung des Parlaments nach außen sichtbar zu stärken, hat Rainer Barzel eine Reihe von Anregungen gegeben, von denen zu hoffen ist, daß sie zum Erfolg führen mögen. Mit dem Vorschlag, etwa den Präsidenten des Bundesrechnungshofes künftig vom Bundestag wählen zu lassen, um diese unabhängige Prüfungsinstanz näher an das Parlament und dessen Kontrollaufgabe heranzuführen, greift Rainer Barzel nicht nur einen alten Vorschlag der Sozialdemokraten auf, sondern zeigt vor allem ein Verständnis von der verfassungsrechtlichen Stellung und Verantwortung des Deutschen Bundestages, die nicht nur dessen Bedeutung gemäß ist, sondern dem Präsidentenamt gut ansteht.

Schon nach der bisherigen kurzen Amtszeit darf gesagt werden: Der Präsident Rainer Barzel wird dem Deutschen Bundestag seine eigene Prägung geben, bestimmt durch lebendigen Sinn für die verfassungsrechtliche Stellung des Parlaments, aber auch getragen von der Eigenständigkeit seiner politischen Überzeugung. Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht Dr. Rainer Barzel ein glückliches neues Jahrzehnt. (-/19.6.1984/ks/va)

+ + +



Den Schilderwald durchforsten!

Mehr Verkehrsschilder bedeuten nicht mehr Verkehrssicherheit

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Verkehrssicherheitskonzept darauf hingewiesen, daß es vor allem in hochbelasteten Verkehrsbereichen einen zu großen Schilderbestand gibt. Hierdurch wird die Verkehrssicherheit eher verringert als erhöht. Die Kommunen sind deshalb aufgerufen, eine kritische Reduzierung dieses Schilderwaldes vorzunehmen.

Auch der 22. Deutsche Verkehrsgerichtstag hat sich in einem speziellen Arbeitskreis mit diesem Thema befaßt und ist einhellig zu der Auffassung gekommen, daß in unserem Lande viel zu viel Verkehrszeichen aufgestellt sind, die den Verkehrsteilnehmer überfordern und damit die Verkehrssicherheit einschränken.

Daß diese Einschätzung nicht aus der Luft gegriffen ist, ist aus vielen Untersuchungen bekannt. So haben österreichische Untersuchungen belegt, daß bei weniger Verkehrszeichen am Straßenrand die Unfalzzahlen sinken.

Aus anderen wissenschaftlichen Untersuchungen wissen wir, daß bei einer durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeit der Fahrer nicht mehr als zwei Schilder gleichzeitig erkennen, aufnehmen und umsetzen kann.

Wenn trotz dieser Erkenntnisse der übergroße Schilderwald beklagt wird, dann hat das damit zu tun, daß die Verantwortlichen in unseren Kommunen häufig aus einer überzogenen Fürsorgepflicht heraus glauben, Warnschilder plazieren zu müssen. Vielleicht sollte man stärker auf die Generalregel der StVO, den Paragraph 1, hinweisen. Jedenfalls sollten die periodisch durchgeführten Verkehrsschauen in den Kommunen unverzüglich dazu benutzt werden, um den Schilderwald zu durchforsten. Dann wird man bald feststellen, weniger Verkehrsschilder bedeuten mehr Verkehrssicherheit!

(-/19.6.1984/ks/va)

+ + +



Der Kanzler - beim Wort genommen

Tun und Handeln sind mitunter zwei Paar Schuhe

Von Anke Martiny MdB

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Mai 1983, als er die 10. Legislaturperiode einleitete: "Die Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen muß stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden... Eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft verlangt auch, daß wir die Subventionen überprüfen,... die staatlichen Leistungen effektiver einsetzen." Soweit die Theorie. Nun die Praxis:

Das Bundeskabinett hat vor einigen Wochen beschlossen, und das Parlament mit seiner Mehrheit bereits in die Tat umgesetzt oder solches vorbereitet, daß den rund 750.000 Landwirten im Laufe der nächsten Jahre Steuersubventionen im Umfang von rund 20 Milliarden DM gewährt werden. Dabei wird auf strukturelle Unterschiede innerhalb der einzelnen Betriebe nahezu keine Rücksicht genommen. Weder die Tatsache, daß nur die Hälfte aller Produkte vom Abbau des Grenzausgleichs betroffen ist, noch die Tatsache, daß etwa nur die Hälfte der statistisch gezählten Landwirte den Beruf hauptamtlich ausübt, schlägt sich differenzierend in den Gesetzentwürfen beziehungsweise Gesetzen nieder. Arm dran im buchstäblichen Sinne sind die Kleinlandwirte ohne Alternative zur Milchviehhaltung in Süddeutschland.

Im Gegenzug ist festzuhalten, daß die erklärtermaßen auf "Wachstum und Beschäftigung" auszurichtende Struktur der öffentlichen Ausgaben ein Sinken der staatlichen Investitionsquote von derzeit 13,7 Prozent auf 12,5 Prozent im Jahr 1987 vorsieht. Damit erreicht die staatliche Investitionsquote bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit einen historischen Tiefstand. Bereits von 1982 bis zum Jahre 1983 sind die Investitionsausgaben des Bundes um 2,2 Prozent zurückgegangen. Diese staatliche Ausgabenpolitik schafft keine Beschäftigung, denn sie schafft auch kein Wachstum.

Insbesondere das Baugewerbe glaubt nicht an den vielzitierten Aufschwung, weil der staatliche Nachfrager sich so sehr zurückhält. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes stellt in seinem jüngsten Konjunkturbericht fest, daß die Bauaufträge in den nächsten Monaten weiter zurückgehen werden und daß dadurch der Wettbewerb um Anschlußaufträge noch weiter zunimmt. Deshalb bleibe die Ertragslage "bedrückend". Das Baugewerbe sollte Kanzler Kohl beim Wort nehmen und die Einlösung seines Versprechens in der Regierungserklärung anmahnen.

(-/19.6.1984/ks/va)

+ + +

